

südwest**blick**

Kostbares Nass

Das natürliche Monopol der Wasser- und Abwasserversorgung gehört nicht unter private Kontrolle



Foto: tiki

Das Berliner Wasser gehört in kommunale Hand
Im Bild ein Stand der Wasserbetriebe auf dem Maifest des DGB

Vorneweg ist unmissverständlich zu sagen, dass DIE LINKE in Berlin bereits als PDS gegen die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe gekämpft und stets vor den negativen Auswirkungen gewarnt hat. Im Abgeordnetenhaus hat die damalige PDS-Fraktion geschlossen gegen den Teilverkauf gestimmt, den die CDU-SPD-Koalition aber im Jahr 1998 durchsetzte. Und auch juristisch haben wir alles Mögliche versucht: Leider gelang vor dem Verfassungsgerichtshof nur ein Teilerfolg, der letztlich an den privaten Anteilseignern zugesicherten hohen Renditen nichts geändert hat. Das Ergebnis ist, dass die Wasser- und Abwasserpreise in Berlin heute bundesweit im absoluten Spitzenbereich liegen.

Seit Jahren ist auch der Berliner Wassertisch aktiv gegen die Teilprivatisierung und ihre Folgen. Auch durch dieses große Engagement blieb die Frage weiterhin auf der politischen Agenda. Ein zentrales Instrument des Wassertisches ist ein Volksbegehren für ein Gesetz, dass die Offenlegung sämtlicher relevanten Vertragsbestandteile des Privatisierungsvertrags vorschreibt. Weil auch DIE LINKE diese Offenlegung für richtig erachtet, habe ich als Wirtschaftsminister mehrfach die privaten Anteilseigner aufgefordert, der Veröffentlichung der Verträge zuzustimmen.

Da die Privaten bisher nicht zugestimmt haben, betreibt der Wassertisch nun die 2. Stufe seines Volksbegehrens. Und in der Begründung dazu finden sich viele unterstüt-

zenswerte Argumente und Forderungen. Besonders die Herstellung von Transparenz des öffentlichen Handelns als allgemeines Gebot ist sehr richtig; denn solche Transparenz ist die Voraussetzung demokratischer Partizipation, die diesen Namen auch verdient.

Eine Offenlegung der Wasserverträge ist aus Gründen der demokratischen Teilhabe richtig und wichtig. Aber man muss aufpassen, dass keine falschen Illusionen entstehen: Auch wenn es jetzt gelingt, den ‚formalen‘ Fehler der Geheimhaltung zu korrigieren, ist damit keineswegs der Kardinalfehler – nämlich überhaupt eine solche Privatisierung der Wasserversorgung betrieben zu haben – automatisch korrigiert oder korrigierbar. Und das heißt auch: Eine Begrenzung oder gar Senkung der Berliner Wasserpreise wird auf diesem Wege nicht erreicht werden können. Um hier zu Ergebnissen zu kommen, braucht es die Neuverhandlung der Vertragsbedingungen, damit das Land seine Mehrheitsposition bei den Berliner Wasserbetrieben auch zur Geltung bringen kann. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, da auch die privaten Anteilseigner an den fortdauernden rechtlichen Auseinandersetzungen um einzelne Vertragsklauseln kein Interesse haben.

Neben der Tatsache, dass die Vertrags-offenlegung die Vertragsinhalte ja nicht ändert, spricht ein rechtliches Argument gegen den Gesetzentwurf des Wassertisches. Aus Gründen des Vertrauensschutzes ist eine ausnahms- und bedingungslose Pflicht zur Offenlegung von bereits beschlossenen Verträgen nicht rechtssicher auszusprechen

– weder durch den Senat noch durch das Parlament oder den Volksgesetzgeber.

Eine politisch weitreichender und rechtlich gangbarer Weg ist die Ergänzung des Informationsfreiheits-Gesetzes (IFG), die gemeinsam von der LINKEN, der SPD und den Grünen im Abgeordnetenhaus auf den Weg gebracht und am 1. Juli diesen Jahres verabschiedet worden ist. Diese Änderung schreibt die Offenlegung aller künftigen Verträge, die den Bereich der Daseinsvorsorge betreffen, vor. Die neue Regelung des IFG unterscheidet sich in zwei wesentlichen Punkten von der Gesetzesformulierung, die der Wassertisch zur Volksabstimmung bringen möchte. Schwächer als der Gesetzentwurf des Wassertisches ist die Regelung zur rückwirkenden Offenlegung: Wenn bestimmte Klauseln geheim gehalten werden sollen, muss der jeweilige Vertragspartner nachweisen, dass ihm aus einer Offenlegung schwerwiegende Nachteile erwachsen würden. Umfassender – und damit stärker – als der Entwurf des Wassertisches ist die Ausdehnung auf sämtliche Verträge im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge – also nicht nur die Verträge zur Wasserversorgung sind umfasst, sondern auch mögliche Vereinbarungen zu Abfallentsorgung, öffentlichem Nahverkehr, Energieversorgung und Krankenhäusern.

Für DIE LINKE ist klar, dass die Regelung des Koalitionsvertrags von 2006, die sich gegen jegliche Privatisierung öffentlichen Eigentums und für die Herstellung und Aufrechterhaltung von leistungsfähigen landeseigenen Betrieben ausspricht, auch weiterhin Geltung hat. Insofern ist die Novellierung des IFG besonders wichtig als Sperr-Riegel

für drohende Privatisierungsentscheidungen, die eine Landesregierung, an der wir nicht beteiligt sind, in der Zukunft treffen könnte.

Harald Wolf
Bürgermeister des Landes
Berlin und Senator für
Wirtschaft, Technologie und
Frauen



Foto: Archiv

DIE LINKE.

Bezirksverband
Steglitz-Zehlendorf

südwest**blick**

Ausgabe 2/2010

die-linke-steglitz-zehlendorf.de

An die Leserinnen und Leser!

Seit April diskutiert DIE LINKE teilweise kontrovers den Entwurf ihres Parteiprogrammes. Ende des nächsten Jahres soll er dann durch einen Mitgliederentscheid verabschiedet werden. Der »Südwestblick« möchte diese Diskussion befördern und begleiten. Wir starten mit zwei Beiträgen. Wir fordern alle Genossinnen und Genossen, alle Freundinnen und Freunde auf, sich daran zu beteiligen.

Redaktion »Südwestblick«



Jede Meinung ist gefragt

Beitrag zur Programmdiskussion

Das Land Berlin hat 65 Mrd. Schulden, täglich kostet das ca. 1,5 Millionen an Tilgung und Zinsen. Das sind ungefähr 540 Millionen im Jahr – diese Summe würde ausreichen, die Sanierung der Charité zu finanzieren und noch vieles andere mehr. Gezahlt werden muss das Geld jedoch an die Geldgeber, also an die Banken, die sich so ihre Profite sichern. Um Schulden abzutragen, ist die Forderung der Politik und der Wirtschaft: SPAREN. Sparen bedeutet eigentlich, im Laufe der Zeit mehr Geld zu haben – stattdessen wird UNSER Geld immer weniger. Die sogenannte Sparpolitik ist keine SPARpolitik, sondern ein Umverteilungsmechanismus von unten nach oben.

Was hat dieses Problem mit der Programmdiskussion der Partei DIE LINKE zu tun? Mit dem Entwurf für ein Parteiprogramm sucht DIE LINKE nach Strategien im Umgang mit o.g. und folgenden Fragen:

Ist die Verschuldung des Staates, der Länder und Kommunen Folge neoliberaler Politik? Was sind die Ursachen der gegenwärtigen Krise? Ist die Krise »nur« eine Finanzkrise oder eine Krise des Systems? Ist die Krise gesetzmäßig im Kapitalismus und daher systemimmanent? Was kann Politik überhaupt noch leisten angesichts der Übermacht der Banken und Konzerne? Gibt es einen »Kapitalismus light«, in dem sich Lebensverhältnisse grundlegend verbessern und Kriege um Rohstoffe nicht mehr geführt werden? Brauchen wir Reformen im bestehenden System oder eine Systemänderung?

DIE LINKE diskutiert diese Fragestellungen. Bis zur Beschlussfassung zu einem Parteiprogramm haben wir anderthalb Jahre Zeit. Mit dem vorgelegten Entwurf wurde eine gute Grundlage für eine konstruktive Debatte entwickelt. Die Partei hat bereits verschiedene Wahlprogramme vorgelegt. Was bisher jedoch fehlt ist ein Grundsatzprogramm, welches ein klares Ziel für die Partei definiert und in dem sich Weg und Ziel nicht widersprechen. Dazu gehört eine Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere des Eigentums und der Machtverhältnisse. Große Bedeutung hat die Frage nach Zerstörung unserer natürlichen Le-

bensgrundlagen durch Krieg, Rüstungsproduktion und Verschwendung der natürlichen Ressourcen durch unsinnigen Konsum. Die bürgerlichen Medien werden unsere Diskussionen kritisch begleiten. Sie werden jeden Ansatz, der das gegenwärtige System in Frage stellt, verunglimpfen. Wir dürfen uns jedoch durch konstruierte Gegensätze nicht auseinander bringen lassen. Ich erachte den Programmentwurf als ausgewogen – ausgewogen in dem Sinne, dass reformistische und systemüberwindende Bestrebungen in einem dialektischen Zusammenhang dargestellt werden. Denn: der Kampf für Reformen ist ein Teil des Kampfes für die Überwindung des Systems. Pragmatismus und Zukunftsvisionen dürfen nicht gegeneinander gestellt werden, sie müssen sich ergänzen. Der Bezirksvorstand wird einen Plan zur Strukturierung der Diskussion erarbeiten, um so die vielfältigen Ansätze zusammenzuführen.

Wir laden alle ein, mit uns gemeinsam zu streiten!

Eberhard Speckmann
Bezirksvorsitzender

Bundeswehr, raus aus Schulen

Demo ja, aber bitte unauffällig



Fotos: ulk

Polizei verbietet Musikeinlagen. Reden sind nach Intervention erlaubt.

Ein bisschen schämt man sich ja in Deutschland für die Charakterisierung Lenins (Sie wissen schon, der Satz mit der Revolution und der Bahnsteigkarte), und doch hält man sich brav

an Recht und Gesetz, meldet Demos und Kundgebungen ordentlich beim Amt an und dann ist es auch wieder nicht recht.

Da in Steglitz-Zehlendorf nach einem BVV-Beschluss nun verstärkt Bundeswehroffiziere an Schulen »Informationsveranstaltungen« abhalten (swb berichtete), hat sich Widerstand dagegen (u.a. GEW, Schüler- und Elternvertretungen, LINKE) formiert, um öffentlich gegen jeden dieser Auftritte zu protestieren, zuletzt an der Alfred-Wegener-Oberschule in Dahlem.

Dort allerdings ließ die anwesende Polizei nicht den Willen erkennen, der Demo-Genehmigung entsprechend zu handeln. Der Ort sei grundsätzlich ungeeignet, der Schulbetrieb werde ungebührlich gestört, Musik sei nicht vom Recht auf freie Meinungsäußerung



gedeckt. Jeder Versuch, die Straße zur Schule zu überqueren, wurde mit körperlicher Gewalt beantwortet; Schülerinnen und Schüler, die das Schulgelände in Richtung Demo verlassen wollten, wurden daran gehindert.

War diese Strategie darauf angelegt, Randalen zu erzeugen? Das Verhalten der Polizei war kein gutes Zeugnis für den Zustand der Demokratie in Steglitz-Zehlendorf. **omo**

»Der Widerspruch ist es, was uns produktiv macht.« (Goethe)

Gedanken zum Programm-Entwurf

Seit einem Vierteljahr steht er zur Diskussion, der 1. Entwurf des zukünftigen Programms der LINKEN. Wir wollen uns klar werden, wer wir sind, was wir anstreben und wie wir unsere Vorstellungen verwirklichen wollen. Die LINKE ist eine Strömungspartei. Sie will die verschiedenen linken Strömungen unter einem Dach vereinen. Sie sollen sich gegenseitig befruchten und stärken. Bei uns haben sozialdemokratische und kommunistische, gewerkschaftliche und linksliberale, christliche und pazifistische Gedanken und Meinungen ihren gleichberechtigten Platz. Dieses sollte im Programm ausdrücklich festgeschrieben werden, denn darin unterscheiden wir uns von anderen linken Parteien. In der LINKEN vereint sich die Kampferfahrung der Alt-BRD (Notstandsgesetze, Friedensbewegung, Streiks) mit der Arbeits- und Lebenserfahrung der Genossinnen und Genossen aus der DDR, dazu kommen die Lehren aus der neuen deutschen Wirklichkeit, besonders die Veränderungen in der Arbeitswelt

Der Widerstand gegen den Faschismus, der aktive Kampf gegen die Nazibarbarei gehört zu den besten Kapiteln der linken Bewegungen, egal ob kommunistisch, sozialdemokratisch, gewerkschaftlich, christlich oder bürgerlich. Der deutsche Widerstand war die Voraussetzung und Legitimation eines anderen Deutschlands, demokratisch und antifaschistisch. Dabei fällt es wenig ins Gewicht, dass er nicht die Kraft zur Selbstbefreiung entwickeln konnte. Das Andenken und die Hochachtung vor denen die dafür ihr Leben einsetzten, sollten uns mehr wert sein als nur zwei nichtsagende, fast herabwürdigende Sätze.

Wir wollen eine bessere Gesellschaft - und stehen vor vielen Fragen.

Warum und was muss an der jetzigen Gesellschaftsordnung verändert werden? Wie soll die neue Gesellschaft aussehen? Was ist es wert aus der alten Gesellschaftsordnung, dem Kapitalismus in den Sozialismus übernommen zu werden? Auf welchem Wege erreicht man den Sozialismus? Ist es möglich oder vielleicht sogar nötig (Atom-bombe) den Kapitalismus durch viele Reformen quasi auf dem Wege der Mutation in die neue Gesellschaftsform umzuwandeln?



Fotos: Archiv

Oder sind Revolutionen unumgänglich? Wie schafft man gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln? Ist staatliches Eigentum gleich gesellschaftliches Eigentum?

All diese Fragen sollen im Parteiprogramm beantwortet werden. Und die Antworten sind auch im Entwurf zu finden. Aber die Antworten der einzelnen Strömungen stehen quasi nebeneinander. Es gilt sie zu einer Antwort zu vereinen, ohne Wiederholungen und ohne Gegensätzlichkeit. Vor allem aber es sind bekannte Lösungen. Mir fehlen neue

Vorstellungen auf neue Herausforderungen. Mir fehlt das Hinterfragen der eigenen Lebensweise. Die Erfindung der Dampfmaschine hat das Ende des Feudalismus eingeläutet. Sie brachte eine bis dahin noch nie möglich gewordene Steigerung der Produktivität. Ähnliches passiert heute durch die Erfindung des Computers. Wir stehen erst am Anfang der Computerisierung des Lebens. Die gesamte Gesellschaft wird Lösungen auf diese Entwicklung und die daraus entstehenden Probleme suchen und finden müssen. Die neo-liberale Globalisierung ist eine kapitalistische Antwort. Wo sind die LINKEN Antworten? Der Kapitalismus kann nicht leben, ohne die Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Dieses kann er aber nur, solange die Ressourcen dazu vorhanden sind. Und diese sind endlich. Wie sehen die LINKEN Antworten auf den Klimawandel und Energiekrise aus? Der Kapitalismus braucht zu seiner Existenz den doppelt freien Lohnarbeiter. Frei von persönlicher Abhängigkeit und frei von Produktionsmittel. Er brachte dem Fronbauern die Freiheit von der Leibeigenschaft. Welche Freiheiten schreibt sich die LINKE auf die Fahne? Es gibt sie, die konkreten linken Antworten auf die Herausforderungen unseres Jahrhunderts. Nur sind sie im Entwurf unseres Programms schwer oder gar nicht zu finden.

Es gibt noch manches zu sagen, zum Programm selbst und erst recht zu den Zukunftsvorstellungen in Programm und Diskussion. Letztere sind wichtig, auch weil wir unsere bisherigen Auffassungen auf Grund der neuen Gegebenheiten, die durch das Ende des Realsozialismus entstanden sind, überprüfen und erneuern müssen. Ich freue mich auf spannende Diskussionen zu den einzelnen Programmpunkten auch in unserem Bezirk.

Edith Pfeiffer

Der Bezirksverband DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf hat sich mehrfach mit dem Thema »Berliner Wasser« beschäftigt. DIE LINKE hat die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe stets verurteilt und fordert in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Berliner Bevölkerung die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe. Um dies durchzusetzen bedarf es neben parlamentarischen Initiativen vor allem Druck von »Unten« durch ein breites Bündnis. Der Bezirksverband DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf unterstützt die Bürgerinitiative »Berliner Wassertisch«, bei den Vorbereitungen eines Volksentscheids. Die Sammlung von Unterschriften wird voraussichtlich im Zeitraum von Juli bis Oktober stattfinden, wir werden uns daran beteiligen.

Bezirksvorstand DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf



Schwarz-gelbe Rotstift-Agenda

Auf dem Weg zur Beschädigung der demokratischen Legitimation von Politik?



Abraham Lincolns Definition der Demokratie als »government of the people, by the people, for the people« kommt ins Gerede. Die Bundesregierung deklariert riesige Milliardenbeträge zur Rettung von Banken als alternativlos und kürzt danach ebenso hemmungslos wie einseitig zwecks Haushaltskonsolidierung bei den angeblich weniger systemnotwendigen Sozialausgaben und Einkommen der öffentlich beschäftigten Lohnabhängigen.

Mit 80 Mrd. Euro bis 2014 wurde das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik verabschiedet. Allein die EmpfängerInnen des ALG II sollen 30 Mrd. Euro schultern. Im staatlichen Verwaltungsbereich sollen 10.000 Stellen wegfallen. Zugleich wird die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Systemkrise auf lächerliche sechs Mrd. Euro begrenzt.

Der volkswirtschaftliche Flurschaden ist hoch, weil diese Form der Sparerei das erhoffte bescheidene Wachstum der Realökonomie abwürgt. Notwendige Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur bleiben aus. Stattdessen brauchen wir öffentliche Investitionen zum Umbau der Wirtschaft in Richtung einer solidarischen Dienstleistungsökonomie.

Aus der Krise kann man sich nicht herausparen. Ein schneller Verzicht auf Neuverschuldung ist nicht nötig und nicht sinnvoll, weil das eine Abwärtsspirale aus Haushaltskürzungen und Steuermindereinnahmen in

Gang setzt (Ironie: Genau deshalb wird nun Griechenland von den Rating-Agenturen weiter herabgestuft). Die Einnahmenseite bei den öffentlichen Finanzen muss durch eine deutliche steuerliche Belastung der Vermögen gestärkt werden. Die Finanzmarktakteure wie Banken etc. sind durch eine Politik der geordneten Entwertung von unproduktiven Vermögenstiteln an der Stabilisierung der Währung zu beteiligen.

Durch die Polarisierung der Einkommen hat sich in den letzten Jahren die soziale Spaltung verschärft. Die Zahl der ärmeren Haushalte stieg und sie wurden immer ärmer; es gibt immer mehr Reiche, die auch immer reicher werden; die Prekarisierung der Mittelschicht sowie ihre Verunsicherung durch Statusverlust nehmen zu. Diese Entwicklungen können zur Ausbreitung diskriminierender Ressentiments – Ausländerfeindlichkeit etc. – führen (aktuell: DIW 24/2010).

Der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Politik wird durch das hektische und perspektivlose Reagieren auf immer neue Krisenkonstellationen nicht gebremst. Der neoliberalen Politikansatz zur Revitalisierung der Ökonomie und die Konzeption eines »selbstbewussten Konservatismus« zur Reintegration der erodierenden sozialen Mitte sind gescheitert. Der mit dem Sparpaket vollzogene Übergang zu einer Brüning'schen Sparpolitik sowie der entzivilisierte politische Diskurs desavouieren das bürgerliche Regierungsbündnis. Auch nach der Präsidentenwahl, die politische Unruhe wird bleiben. **Hasko Hüning**

Termine

Montag, 2. August, 19.00 Uhr
DIE LINKE Zehlendorf
Basisgruppenversammlung
Nachbarschaftsheim Mittelhof,
Königstraße 42-43

Sonntag, 15. August, ab 15 Uhr
Sommerfest
DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf
Nachbarschaftsheim Mittelhof,
Königstr. 42-43

Freitag, 20. August, 18:00 Uhr
DIE LINKE Lichterfelde
Basisgruppenversammlung
Haus der Naturfreunde, Ringstraße 76 in
Lichterfelde

Mittwoch, 1. Sept., ab 16 Uhr
Friedensfest der Linken
Steglitz-Zehlendorf und
Kleinmachnow / Teltow / Stahnsdorf
Adam-Kuckhoff-Platz / Markt
Kleinmachnow / Zehlendorf-Düppel
(Stadtgrenze)
Busverbindung:
Bus 115 bis Endstation Düppel
Bus 629 bis Kleinmachnow-Markt
Bus 117 bis ODF-Platz.

Montag, 6. Sept., 19.00 Uhr
DIE LINKE Zehlendorf
Basisgruppenversammlung
Nachbarschaftsheim Mittelhof,
Königstraße 42-43

Sonntag, 12. Sept. ab 13 Uhr
Tag der Erinnerung und Mahnung –
Aktionstag gegen Rassismus,
Neonazismus und Krieg
Bebelplatz
gegenüber der Humboldt-Universität

Montag, 13. Sept. 19:30 Uhr
DIE LINKE Lichterfelde
Basisgruppenversammlung
Haus der Naturfreunde, Ringstraße 76 in
Lichterfelde

Weitere Termine bitte unserer Homepage
<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de>
entnehmen

Impressum

südwestblick

Ausgabe 2/2010
die-linke-steglitz-zehlendorf.de

Herausgeber
DIE LINKE Berlin,
Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

Redaktion
Redaktionskollektiv des
DIE LINKE, Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf,
V.i.S.d.P.: Olaf Michael Ostertag
E-Mail:

swb@die-linke-steglitz-zehlendorf.de
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 30. Juni 2010. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 27. August 2010.
Die nächste Ausgabe erscheint am 5. September 2010.
Druck: Druckerei Bunter Hund | Tel. (030) 441 37 37
Gestaltung: sternberg Media | Tel. (030) 42 85 20 88